

A Norddeutsche Arbeiterstimme

Nummer 6

Juni 1955

5 Pfennig

Ich glaub', es regnet

Die demokratische Entwicklung in Westdeutschland macht rapide Fortschritte. An der Spitze der Bundesländer marschiert Niedersachsen. Die Bildung der neuen Regierung in Hannover, mit ihrem Drum und Dran, beweist, daß diese Demokratie nicht nur wunderbar funktioniert, sondern daß sie ein Maß an Freiheit bietet, welches auch der lichtscheuesten Gesellschaft aus Deutschlands dunkelsten Tagen ermöglicht, die demokratische Stufenleiter bis zur höchsten Spitze zu erklettern. Mehr noch als die alte, wird die neue Regierung diese Freiheit schützen und rigoros gegen diejenigen vorgehen, die sie mit Unterschriften-Sammel Listen und anderen umstürzlerischen Versuchen in Bedrängnis bringen.

Wir Niedersachsen sind sehr stolz auf unsere neue Regierung, besonders auf ihren Ministerpräsidenten Hellwege, des Kanzlers treuesten Gefolgsmann im Bundeskabinett. Und doch hegen wir die leise Befürchtung, daß dieser gewichtige Nachkomme der Welfen, der jetzt mit seinen zweihundertfünfzig Pfund obenauf sitzt, die Demokratie zum Platzen bringen könnte wie ein Faß ohne Reifen, zumal die Regierung selbst braune Rostflecken aufweist, die das Bestreben haben, sich auf viele Verwaltungsstellen des Landes auszudehnen. Wir verlassen uns aber sehr auf unsere Sozialdemokraten, die als treue Nachwächter der Demokratie aufpassen, daß nichts passiert. Und da sie festgestellt haben, daß außer den braunen Rostflecken weiter nichts passiert ist, sind wir beruhigt.

Weil es nicht Aufgabe der Nachwächter ist, aufzupassen, was sich am hellen Tage tut, wäre doch der niedersächsischen Arbeiterschaft zu empfehlen, ihrerseits die Augen etwas offen zu halten und diese Tätigkeit nicht allein den Hochschulen zu überlassen. In dieser Hinsicht ist es vorerst noch schlecht bestellt.

Es ist geradezu erstaunlich, mit welcher Interessenlosigkeit die niedersächsischen Arbeiter die Bildung und Zusammensetzung der neuen Regierung aufnehmen. Dabei bot sich die beste Gelegenheit zu lehrreichen Studien über angewandte Demokratie bei dieser Regierungsbildung. Wenn man das Feilschen und Schachern mit Ministerien beobachtete, kam einem das Mittagessen hoch. Um alle an der Regierung beteiligten Parteien zu befriedigen, schaffte Hellwege, der wie alle Redner der bürgerlichen Parteien in den Wahlversammlungen gegen den aufgeblühten Verwaltungsapparat der Kopti-Regierung zu Felde zog und äußerste Sparsamkeit verlangte, ein neues Ministerium nach Bonner Vorbild, wenn auch kein Familienministerium.

Hahn im Korb war der BHE, der Verein der Postenläufer. Die BHE-Leute verkauften sich so teuer wie möglich und taten es nicht unter drei Minister. Wenn sie schließlich bei Hellwege zuschlugen, so nicht deshalb, weil ihnen Kupf weniger bot, sondern weil ihnen eine Regierung Hellwege stabiler (und damit ihre Pfründe gesicher-

ter) schien. Daß in Bonn die niedersächsischen Karten mit gemischt wurden, ist bekannt. Sicher aber ist auch, daß sich die BHE-Leute keinem Druck gefügt hätten, der gegen ihre persönlichen Interessen gegangen wäre.

Kopf, der so siegessicher an die Bildung der neuen Regierung herangegangen war, war ein tapferer Verlierer. Nach der Wahl der Regierung war er der erste, der Hellwege gratulierte. Wie ein Bild in der Presse zeigt, legte er ihm dabei die eine Hand väterlich auf die Schulter, als ob er sagen wollte: „Halte die Ohren steif, mein Junge.“ Von dieser Geste waren die sozialdemokratischen Arbeiter begeistert.

Als Dank für die unversöhnliche Opposition der bürgerlichen Parteien gegenüber der Kopti-Regierung, die bei der CDU soweit ging, daß sie die „Straße mobilisierte“, wie es in ihrem eigenen Jargon heißt, wenn Arbeiter aufmarschieren — es geschah dies bei der Beratung über das Schulgesetz — versprach die SPD, der neuen Regierung gegenüber „eine loyal mitarbeitende Opposition“ zu sein. Ein Kommunist sagte einmal im alten Reichstag von der SPD: „Wenn man ihr ins Gesicht spuckt, streckt sie die Hände aus und sagt: ‚Ich glaub', es regnet.‘“

Wolfenbüttel:

Spinne, spinne ohne klagen!

Wer angesichts der Forderungen der Gewerkschaften nach der 40-Stunden-Woche glaubt, der 8-Studentag habe sich schon überall durchgesetzt, kann sich in der Grafenberger Spinnerei in Wolfenbüttel eines Besseren belehren lassen. An diesem Betriebe, einem Zweigunternehmen aus Bielefeld, scheint die Entwicklung des 20. Jahrhunderts spurlos vorübergegangen zu sein. Tariflöhne, menschenwürdige Arbeitsbedingungen und moderne Maschinen sind dort unbekannte Dinge.

Selbst der Betriebsrat, der Kollege Meliki, ist machtlos, da die Angst der Kolleginnen, wegen der großen Frauenarbeitslosigkeit im Gebiet den Arbeitsplatz zu verlieren, ihm die Hände bindet. Der Kollege, dem bei der letzten Betriebsratswahl überwältigendes Vertrauen ausgesprochen wurde, steht auf Betriebsversammlungen gegenüber der Betriebsleitung allein, da die Kolleginnen wie die verschüchterten Hühner herumsitzen und sich nicht getrauen, den Mund aufzutun.

Dabei sind bestimmte Verhältnisse vorherrschend, die dringend einer Abhilfe bedürfen. Die schlimmsten Missetände findet man in der Spulerei. Die Arbeitszeit beträgt 9¼ Stunden, von 6.30 bis 16.15 Uhr. In dieser Zeit ist eine ½ Stunde Mittag und ¼ Stunde Frühstück enthalten. In der Zwischenzeit zur Toilette gehen, ist nicht möglich, da dann die Spulen hochgestellt werden müssen und sich dann der Lohn verringern würde. Gearbeitet wird im Altkord. Dabei wird der tarifliche Stundenlohn, der 1.16 DM beträgt, nie erreicht. Mehr als 9—10 DM am Tag zu verdienen, ist nicht möglich. Im Gegenteil, wenn das Garn schlecht ist oder andere technische Mängel auftreten, kommt es vor, daß die Kolleginnen mit 6—7 DM nach Hause gehen. Einen Ausgleich an den Stundenlohn gibt es nicht bzw. nur dann, wenn neue Garne oder ande-

re technische Dinge einzurichten sind, und dann auch nur für Stunden.

Der Akkord ist so gesetzt, daß die Kollegin nicht in der Lage ist, ihren Verdienst selbst zu berechnen. Früher wurde nach Kilo bezahlt, heute nach Einheit. Wie hoch die Einheit ist, dieses Wissen bleibt der Betriebsleitung vorbehalten. Außerdem hat man von jeder Spulmaschine eine Kollegin fortgenommen und die Maschinen gleichzeitig schneller gestellt, so daß jetzt anstatt 3 nur 2 Kolleginnen eine Maschine bedienen. Diese erhöhte Arbeitsleistung macht sich allerdings nicht im Lohn bemerkbar, denn dieser ist derselbe geblieben. Die Erhöhung des Akkordlohnes von 6 Pfennigen, die ab Januar gezahlt werden sollte, ist erst mit 4 Pf. verwirklicht worden. Die fehlenden 2 Pfennig werden erst ab Juli gezahlt mit der Begründung: die scharfe Konkurrenz und der zu erneuernde Maschinenpark zwingt dazu. Die Meinung der Betriebsleitung, die 60 Jahre alten Maschinen müßten endlich erneuert werden, in allen Ehren. Aber mit Recht sagen die Kollegen: „Die Frauen haben die Maschinen bezahlt gemacht, und es wäre eine Frechheit, die Neuananschaffung auf Kosten der Löhne zu tun.“

Hamburger Hochbahn:

Die 9. Stunde im Anmarsch?

Wie wir in Nr. 9 der ARPO über die radikalen Änderungen im Betriebsrat der Hamburger Hochbahn berichteten und diese Veränderungen zurückführten auf die Lahmschichtigkeit des alten Betriebsrates gegenüber der Direktion und deren Rationalisierungsbestrebungen, so veranlaßt uns ein Gerücht — bis jetzt ist es noch ein Gerücht — das Thema Rationalisierung aufzugreifen.

Durch Rationalisierungsmaßnahmen konnte die Hochbahn vom höchsten Personalbestand nach dem Kriege, nämlich 1949 mit 9263 Kopf, auf 8390 im Jahre 1954 heruntersinken, also 803 Personen einsparen, gleich einem Zehntel der Zahl der im Jahre 1938 Beschäftigten (9365). Dies scharfe Zupacken hat seit einiger Zeit der Direktion der Hochbahn Schwierigkeiten gemacht, Nachwuchs für den Abgang zu bekommen. Trotz großer Versprechungen kommen nur wenige, wovon ein nicht kleiner Teil wieder nach Hause geschickt werden muß, weil er den Anforderungen nicht gewachsen ist. Löhne der Straßenbahn- und U-Bahnfahrer von DM 1,65 sind kein verlockendes Angebot. Da die Hochbahn den Fahrer für jeden Kratzer und ähnlichen Kleinkram verantwortlich macht, muß er auch noch auf eigene Kosten in der „Karambolagekasse“ sein. Von der Unfall- und Todesgefahr (im letzten Jahr 5 Tote) sowie dem Gesundheitsverschleiß gar nicht zu reden. All dies mag dazu beitragen, daß nur wenige bereit sind, ihre Arbeitskraft der Hochbahn zu verkaufen.

Um nun aus der Not ein Geschäft zu machen, ließ man ein Gerücht los, wonach die 9. Arbeitsstunde (im Monat = 26 Ueberstunden) bei 50 DM Entschädigung eingeführt werden soll. Dieses Gerücht hat Unruhe bei den Kollegen hervorgerufen. Erstens wären das noch keine 2 DM die Stunde, wozu noch die Abzüge kämen. Die Direktion würde dagegen neben Ausbildungskosten, Uniformen usw. einen großen Teil der Sozialabgaben einsparen. Die Rationalisierungspüfcher im Hochbahnhaus treten nicht offen auf, sie verstecken sich hinter ein Gerücht, um immer noch zum Rückzug blasen zu können. Sie kommen mit dem Gerücht gerade jetzt, wo die ÖTV mit der Forderung der 40-Stunden-Woche an den Senat herantreten ist. Klar und deutlich muß der Direktion gesagt werden, daß die Kollegen Hochbahner für die 9. Stunde nicht zu haben sind. Gleichzeitig müssen die Vertrauensleute die Kollegen mobilisieren, um weitere Verschlechterungen der Arbeitsbedingungen abzuwehren und die Forderungen der ÖTV tatkräftig zu unterstützen.

Die bürgerlichen Zeitungen reden viel davon, daß die Hochbahnkollegen es „heute auf Grund der Rationali-

Organisator des Antriebersystems im Betriebe ist der Betriebsleiter Weisheit, der nach 1945 von Bielefeld nach Wolfenbüttel versetzt worden ist. Man erzählt, daß er in Bielefeld von den Männern der Arbeiterinnen verdroschen worden ist, bzw. sich im Naßsaal nicht mehr sehen lassen konnte, da er dort die Holzpanzoffeln der Kolleginnen ins Kreuz bekam. Dieser Herr wurde für würdig befunden, den Betrieb in Wolfenbüttel unbedingt profitabel zu machen.

Aber auch die Kolleginnen tragen ein großes Maß an Schuld. Nur etwa 30% sind organisiert. Da ist es kein Wunder, wenn es der Betriebsführung möglich ist, eine Gruppe gegen die andere auszuspielen. Das Zukreuzekriechen anlässlich von Ueberstunden ohne Bezahlung zeugt nicht gerade von Stärke. Dann aber noch die Gewerkschaft Textil für den Mißstand verantwortlich machen und größtenteils auszutreten, war wohl der schlimmste Fehler. Die alte Wahrheit: „Allein sind wir nichts, vereint alles“ scheint sich bei den Kolleginnen der Grafenberger Spinnerei noch nicht herumgesprochen zu haben.

sierungsmaßnahmen erheblich leichter“ haben. Als Beispiel führt man die neuen Straßenbahnwagen an. Wenn man sie mit den alten Wagen vergleicht, so sind technische Fortschritte zu verzeichnen. Aber was sagt das? Heute bei dem schnelleren Verkehr werden viel größere Ansprüche an den Fahrer gestellt. Es sind keine vereinzelten Fälle, wenn Kollegen mit 57 Jahren und weniger zu Grabe getragen werden. Wohl auch nicht ohne Grund forderte der Bürgerschaftsausschuß im Dezember 1954 nach dem zweiten U-Bahnunglück (und diese Forderungen sind ein Minimum):

„Erleichterungen auf dem Fahrerstand (automatischer Scheibenwischer, bessere Lüftung, bessere Sitze . . .), Einbau von Tachometern, automatischer Fahrsperrren und elektrischer Bremsen.“ (Man muß sich diesen Affenkasten mal ansehen! Selbst die neuen Wagen haben diese Mängel.)

Weiter: „empfehlen jeweils Minderheiten des Ausschusses, daß die Zwischendienst-Ruhezeiten der U-Bahnfahrer nicht unter zehn Stunden betragen . . .“ (Von 47 „Übergangsdiensten“ haben 17 eine Zwischendienst-Ruhezeit von weniger als 10 Stunden!)

Erst mußte das Kind zweimal in den Brunnen gefallen sein, ehe man eine Kommission einberief und Änderungen einzuführen bereit war. Der Hochbahn wird aber erst ab November 1955 untersagt, Zwischendienst-Ruhezeiten von unter 10 Stunden zuzulassen! Bis dahin: Glück auf! Die Abschaffung der Zugbegleiter dagegen ging beinahe von heute auf morgen. Unter welcher einden Bedingungen Teile der Kollegen noch arbeiten müssen, beschreibt niemand besser als die Mitteilung des Senates an die Bürgerschaft (Nr. 59 vom 4. März 1955):

„ . . . besitzt die etwa 10 km lange Flügelstrecke . . . noch die Erstausrüstung der Sicherungsanlagen. Eingleisiger Betrieb . . . Handblockapparate, Bauart 1912 . . . völlig ungeeignete Flügel signale . . . infolge hoher Störungsanfälligkeit auch nicht mehr betriebssicher genug sind. Die Block- und Fernsprechanlagen . . . sind durch Freileitungen . . . und infolgedessen durch Witterungseinflüsse sehr oft gestört . . .“

Folge sind Verspätungen, die wiederum die „Betriebsicherheit“ beeinträchtigen. All das geht auf Kosten der Kollegen im Fahrerstand, im Bahnhofsamt und in der Werkstatt. Die arbeitende Bevölkerung hat auch darunter zu leiden. Deshalb wurden im letzten Jahr verstärkt Omnibusse angeschafft, die hauptsächlich Schnellverbindungen bedienen sollen. Aber erstens sind die neuen Busse so gebaut, daß der Fahrer auch kassieren muß,

Der Schaffner ausfällt. Das ist ein gutes Geschäft für die Direktion, aber eine starke Beanspruchung des Schaffners, der doppelte Arbeit leisten muß. Zweitens wurden die in einem Aufwaschen Extrafahrpreise genehmigt, die das benutzende Arbeiter und Angestellte auch nationalisieren bezahlen müssen. Investiert hat die Hütte 11 1/2 Mill. DM. „Der Personalwirkungsgrad hat sich verbessert“, steht im Bericht der Direktion. Den Aktionären wird wieder eine 5%-Dividende garantiert vom Hamburger Staat, anders gesagt vom Steuerzahlern.

„Kollegen Hochbahner, sieht es bei uns aus! Und das wird schlimmer werden, wenn wir uns nicht auf die Belegschaft stellen!“

Salzgitter

Zum Angestelltenarbeitsvertrag der Hütte

Nach Abschluß dieses Tarifvertrages ist es notwendig, einige kritische Betrachtungen anzustellen, zumal festgestellt werden kann, daß in Angestelltenkreisen Unklarheiten über diesen Tarifvertrag bestehen. Dabei sei festzustellen, daß er nur zustandekommen konnte, weil die Lohnempfänger verlangten, daß spätestens im Frühjahr 1935 auch für die Angestellten ein Tarifvertrag abgeschlossen werden sollte. Die Angestellten, allein auf sich gestellt, wären niemals dazu in der Lage gewesen, wie das Beispiel der tarifpolitischen Situation der Angestellten im Raume Salzgitter/Hildesheim zur Genüge beweist.

Der Betriebsrat der Hüttenwerk Salzgitter AG. hat mit den Vertretern des Belegschaftswesens maßgeblichen Anteil an der Vorarbeit dieses Tarifvertragswerks gehabt. Dieser Tarifvertrag kam nur zustande unter der Voraussetzung, daß auch für die Angestellten, analog den Lohnempfängern, eine Produktionsprämie eingeführt werden sollte, damit die Schere zwischen Lohn und Gehalt sich in etwa schließt.

Nachdem nun das Ergebnis vorliegt und etwa 25 betriebliche Vereinbarungen über Prämienregelungen zwischen dem Betriebsrat und dem Unternehmen abgeschlossen worden sind, die sich in der Höhe von 15 bis 20% bewegen und, neben der tarifvertraglichen Regelung, in 12 Gruppen gegliedert sind, darf ohne Uebertreibung gesagt werden, daß hier ein wichtiger Schritt getan worden ist, um die sozialen Bedingungen der Angestelltenchaft des Hüttenwerks zu regeln. Das schließt jedoch keineswegs aus, daß diesem Vertragswerk noch manche Mängel anhaften, die beseitigt werden müssen. Vor allem muß berücksichtigt werden, daß bei der Arbeitsplatzbeschreibung der Angestelltenchaft von etwa 800 notwendigen Beschreibungen bis jetzt erst 100 Beschreibungen durchgeführt werden konnten, so daß noch ein gehöriges Stück Arbeit zu leisten ist, um diesen Tarif zu vollenden. Die Arbeitsplatzbeschreibung ermöglicht dem Betriebsrat, besonders dem Angestellten-Vertreter, laufend die Arbeitsplätze zu überprüfen und sich einzuschalten, um die unmittelbaren Interessen des einzelnen Angestellten, seine Belange zu wahren. Wenn nun nach dem Tarifvertrag eine Reihe Einsprüche von seiten der Angestellten-Kollegen gegen ihre Einstufung beim Betriebsrat eingereicht wurden, so sei offen ausgesprochen, daß sie teilweise begründet sind. Eine Reihe Anträge liegen vor, wo ganz offensichtlich zulage tritt, daß der betreffende Einspruch sich nicht auf reale Tatsachen stützt.

Den Betriebsräten (Angestellten-Ausschuß) möchten wir empfehlen, Angestellten-Versammlungen durchzuführen, um Aufklärung über die tarifpolitische Lage im Hüttenwerk zu geben, wobei u. E. zu berücksichtigen gilt:

- a) welche allgemeine tarifpolitische Situation in der Metallindustrie Niedersachsens vorliegt.
- b) die tarifpolitische Lage der Angestellten in der Eisen- und Stahlindustrie.
- c) die besonderen wirtschaftlichen Bedingungen der Hüttenwerk Salzgitter AG.

Es ist notwendig, diese Fragen in der Aussprache mit der Angestelltenchaft aufzurellen, damit einige Illusionen, die hier oder dort vorhanden sind, aus der Welt geschafft werden. Den Angestellten jedoch, die nicht gewerkschaftlich organisiert sind und nun Ansprüche aus

diesem Tarifvertrag erheben, möchten wir allerdings empfehlen, sich erst einmal gewerkschaftlich zu organisieren, denn nur der Organisierte hat Anspruch auf ein tarifvertragliches Gehalt.

Salzgitter-FAMAS:

Betriebsratswahl mit Belegfatterscheinungen

Die diesjährigen Betriebsratswahlen bei der FAMAS einer kurzen Betrachtung zu unterziehen, lohnt sich. Vorweg fand eine Betriebsvollversammlung statt, in der der Betriebsratsvorsitzende, Koll. Heitbrink, Bericht gab über die Tätigkeit des Betriebsrates im letzten Vierteljahr. Es folgte ein Bericht des technischen Direktors, Dr. Pütze, über die wirtschaftliche Lage des Unternehmens.

Beide Berichte ließen erkennen, daß die Lage des Unternehmens nicht gerade rosig ist, obwohl Dr. Pütze versuchte, alles im besten Lichte zu schildern. Große Empörung folgte dem Ausspruch des Direktors, daß im Schnitt die Angestellten 800 DM verdienen. Nachdem noch der Sozialleiter, Betriebsratsmitglied Schölze, die Versammlung über Arbeiterpsychologie belehrte, nahmen verschiedene neue Betriebsratskandidaten die Gelegenheit wahr, sich der Belegschaft vorzustellen. Dabei fiel besonders ein Angestellter auf, der die Parole herausgab: Weg mit den Berufsberatern! Der Erfolg bei der Wahl war dann auch danach. Ganze 14 Stimmen konnte diese Blüte auf sich vereinigen.

Bei der Verkündung des Wahlergebnisses gab es lange Gesichter. Mit einem Vorsprung von 150 Stimmen ging unser Koll. Lübke als erster durchs Ziel. Ein Beweis, daß die Belegschaft erkannt hat, wer aufrichtig und gerade seinen Weg geht und die Interessen der Kollegen vertritt. Ob das vom neugewählten Betriebsrat auch gesagt werden kann? Den 1. Vorsitzenden hat man wieder einstimmig den Angestellten überlassen. Bei der Abstimmung für den 2. Vorsitzenden wurden dann drei Vorschläge eingebracht, die je 6, 5 und 4 Stimmen erhielten, so daß der bisherige 2. Vorsitzende mit 6 Stimmen wiedergewählt wurde. Der Koll. Lübke erhielt nur 5 Stimmen, der dritte Kandidat 4.

Das Fazit aus dieser Aufspaltung, die bewußt ins Werk gesetzt worden war, zog die Betriebsleitung, kaum 8 Tage nach der Wahl legte sie Wert darauf, daß ihr Schreiben an den Betriebsrat vor der Neuwahl betreffs Einschränkung der freigestellten Betriebsratsmitglieder auf nur eine Kraft Anwendung finden sollte. Sie ließ kurzerhand dem 2. Vorsitzenden eine Arbeitsplatzüberweisung zugehen. Doch ist es nach zweimaligem Verhandeln gelungen, eine zweite Kraft als Hallebetriebsrat freizubekommen. Gewählt für diesen Posten war der Koll. Barres. Damit sollte nun das gute Einvernehmen mit der Geschäftsführung wieder hergestellt sein.

Doch auch diese Illusion dauerte nur zwei Tage. Denn schon zwei Tage nach dieser denkwürdigen Vorstellung des neugewählten Betriebsrates bei der Geschäftsführung wurde bekannt, daß die Abteilungsleiter eine schriftliche Anweisung erhalten hatten, wonach am Monatschluß der Geschäftsleitung eine Aufstellung über die verfahrenen Stunden eines jeden Betriebsratsmitgliedes vorzulegen sei. Diese Anordnung zeigt ganz deutlich, welchen Weg die Geschäftsleitung zu gehen gewillt ist. Die Betriebsräte sollen nur noch Betriebsräte von Direktors Gnaden sein. Hoffentlich wird der Betriebsrat selbst stark genug sein, die Anmaßung sicher und bestimmt zurückzuweisen.

Oder muß die Belegschaft eingreifen? Die Stimmung ist da. Wer offenen Auges durch den Betrieb geht, weiß, daß es in der Belegschaft brodelt. Wenn angeblich bei der FAMAS alles so „in Ordnung“ ist, daß die Tätigkeit der Betriebsräte eingeschränkt werden konnte, so hat sich die Belegschaft unter dieser Ordnung etwas anderes vorgestellt, als heute hier angeordnet und durchgeführt wird. Der Bogen ist gespannt. Möge die Geschäftsleitung das zur Kenntnis nehmen.

Der Katholiken-Anschluß in Harburg plant die Einrichtung einer katholischen Volkshochschule für Harburg. . . Neben Dienstleistungen . . . sollen Vorträge über katholische Weltanschauungen, Darstellung des katholischen Glaubens für . . . veranfaßt werden. Aus welchen Mitteln die neue Volkshochschule finanziert wird, darüber liegen keine Vorarbeiten vor. („Hamburger-Post“ vom 15. März 1935).